

Anträge

**zur Bezirksdelegiertenkonferenz Europa des
SPD-Bezirks Braunschweig**

26. Oktober 2018 in Salzgitter um 18 Uhr

Präsidium

Vorgeschlagen sind vom Bezirksvorstand (BzV):

Jannik Behme (Protokoll)	UB Braunschweig
Jörn Domeier	UB Helmstedt
Miriam Riedel-Kielhorn	UB Peine
Laura Letter	UB Salzgitter

Mandatsprüfungskommission

Vorgeschlagen sind vom BzV:

Nadine Muthmann	UB Peine
Lennie Meyn	UB Wolfenbüttel
Christoph Willeke	UB Goslar

Wahlkommission

Vorgeschlagen sind vom BzV:

Cara Transfeld	UB Braunschweig
Joel Balazsi-Kraus	UB Wolfsburg
Florian Friedrich	UB Helmstedt
Thomas Binder	UB Salzgitter
Christine Michitsch	UB Gifhorn

Antragskommission

Vorgeschlagen sind vom BzV:

Detlef Tanke (Leitung)	UB Gifhorn
Sarah Maier	UB Braunschweig
Henrik Hamann	UB Wolfenbüttel
Jana Kurz	Jusos Bezirk

**Wahl von 5 Delegierten und Ersatzdelegierten zur Europadelegiertenkonferenz
am 09.12.2018 in Berlin**

Vorgeschlagen sind aus den Unterbezirken:

Anna Neuendorf	UB Gifhorn
Lukas Ratschko	UB Gifhorn
Gunter Wachholz	UB Gifhorn
Volker Taube	UB Goslar
Christoph Willeke	UB Goslar
Michael Letter	UB Salzgitter
Reinhard Briel	UB Wolfenbüttel
Dieter Bülow	UB Wolfenbüttel
Bettina Eisenbarth	UB Wolfenbüttel
Dr. Heinrich Füchtjohann	UB Wolfenbüttel
Henrik Hamann	UB Wolfenbüttel
Lennie Meyn	UB Wolfenbüttel
Francescantonio Garippo	UB Wolfsburg

**Anträge zur Bezirksdelegiertenkonferenz Europa
am Freitag, 26. Oktober 2018, 18.00 Uhr
Hotel am See, Salzgitter**

A 1

**Antragsteller:
SPD-Bezirksvorstand**

Der SPD-Bezirk Braunschweig schlägt für die dem Bezirk Braunschweig zustehenden Plätze auf der Bundesliste zur Europawahl 2019 folgende Kandidat/innen vor (in der Reihenfolge):

Kandidat/in	Vertreter/in
Francescantonio Garippo	Anna Neuendorf
Sarah Maier	Henrik Hamann

1 **A2 (Leitantrag)**

2 **Antragssteller*innen:**

3 **SPD-Bezirksvorstand**

4

5 **„Europe United“ – Für ein starkes Europa in einer unsicheren Welt**

6

7 In Zeiten, in denen rechtspopulistische Parteien europaweit Zulauf haben und Wahlen
8 gewinnen, ist es unerlässlich, dass alle Demokrat*innen sich deutlich zu einem toleranten
9 und solidarischen Europa bekennen. Die SPD sieht sich – gerade durch Persönlichkeiten wie
10 Willy Brandt und Egon Bahr – als eine Partei, die dem Frieden in Europa verpflichtet ist. Die
11 Erinnerung an Hass, Gewalt und Krieg ist für sie historische Verantwortung und Mahnung
12 zugleich:

13 *Le Nationalisme, c'est la guerre* – Nationalismus bedeutet Krieg! Dieser berühmte
14 Ausspruch des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Francois Mitterrand gilt nach
15 wie vor. Die Gründungsväter und -mütter Europas hatten unmittelbar vor Augen, was
16 Nationalismus und Faschismus anrichtet: Tod, Leid, Hass und Zerstörung waren in den
17 Köpfen und im täglichen Leben der Menschen wenige Jahre nach dem zweiten Weltkrieg
18 noch allgegenwärtig. Es brauchte Mut und Weitsicht, um die akuten Probleme wie Hunger,
19 den Wiederaufbau der Infrastruktur oder die Kontrolle kriegswichtiger Güter gemeinsam
20 anzugehen und so den Grundstein für ein dauerhaft friedliches Europa zu legen.

21 Der SPD-Bezirk Braunschweig will ein Europa, das das Leben der Menschen spürbar
22 verbessert. „Mehr Europa“ ist dabei für uns weder Selbstzweck noch als Ziel allein
23 erstrebenswert. Wir wollen ein demokratisches, soziales, den Bürger- und Menschenrechten
24 verpflichtetes Europa, das unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt, Globalisierung und
25 Digitalisierung gestaltet, Frieden und nachhaltige Entwicklung in den Mittelpunkt stellt und
26 den Menschen vor Profite setzt. Wir wollen ein Europa, das dem brandgefährlichen
27 Irrsinn aktueller Weltpolitik entschieden entgegentritt und dessen Antwort auf
28 „America first“ „Europe united“ lautet. Kurzum: Wir wollen ein sozialdemokratisches
29 Europa.

30

31 **1. Für ein soziales Europa**

32

33 Die Europäische Union hat an Strahlkraft eingebüßt. Ein Grund dafür liegt sicherlich in dem
34 nur teilweise eingelösten Wohlstandsversprechen. Europa hat sich zu lange auf die
35 Schaffung eines möglichst großen Binnenmarktes konzentriert, ohne die negativen Folgen

36 dieses Marktes und seines Regelwerkes auf die Menschen zu berücksichtigen. Neben vielen
37 Gewinnern, gab es eben auch viele Verlierer dieser Marktschaffung. Die Region
38 Braunschweig, mit ihrer starken Automobilindustrie, gehört ohne Zweifel zu den Gewinnern
39 einer europäischen Politik, die Handels- und Produktionsbedingungen erleichtert hat. Gerade
40 diese Position verdeutlicht unsere Verantwortung gegenüber den wirtschaftsschwachen
41 Regionen Europas.

42 Die Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit ist für uns die zentrale Grundfreiheit in den
43 Europäischen Verträgen. Immer mehr Menschen – insbesondere aus dem Osten und Süden
44 Europas – werden jedoch durch Armut und Elend dazu gezwungen, in andere
45 Mitgliedstaaten auszuwandern. Nur, wenn wir auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen
46 der Menschen im Süden und Osten Europas verbessern, werden wir mittelfristig der
47 erzwungenen Migration etwas entgegensetzen. Wir wollen daher die sozialen
48 Sicherungssysteme in allen Mitgliedstaaten verbessern und durch fairen Wettbewerb, der
49 sich nicht an den niedrigsten Lohnraten orientiert, sicherstellen, sodass sich die Lebens- und
50 Arbeitsbedingungen aller Europäer*innen nach oben hin angleichen.

51 Europa hat das Potenzial, in einer zunehmend globalisierten Welt als Bollwerk
52 gegen die ungewollten Verwerfungen der Globalisierung wahrgenommen zu werden. Wir
53 sind uns sicher, dass ein solches Europa – ein Europa, das die sozialen Bedürfnisse der
54 Menschen, die in ihm wohnen, ernst nimmt – sich nicht um seine Zukunft sorgen muss. Wir
55 streiten für ein Europa, das von seinen Bürger*innen als gesellschaftliche Gestaltungsmacht
56 in Zeiten weltweiten Wettbewerbs wahrgenommen wird.

57

58 **Soziale Sicherheit als globaler Wettbewerbsvorteil**

59 Alle Menschen in Europa müssen, unabhängig von ihrer Nationalität, Anspruch auf die
60 Leistungen und den Schutz eines hochentwickelten Sozialstaats besitzen. Soziale
61 Sicherheit, ein hohes Bildungsniveau, individuelle Freiheiten und Investitionen in
62 Wissenschaft und Forschung sind die Voraussetzungen für die Innovationskraft Europas –
63 unserer großen Stärke im globalen Wettbewerb. Wir setzen uns deshalb für
64 Mindeststandards in der sozialen Sicherung, durch eine Rahmenrichtlinie für ein
65 adäquates europäisches Mindesteinkommen sowie einen gesetzlichen Rahmen für
66 Mindeststandards in der Arbeitslosenversicherung, ein.

67 Darüber hinaus streiten wir für eine europäisch abgesicherte Arbeitsversicherung, die
68 dem Grundsatz Rechnung trägt, dass Menschen zur Veränderung bereit sind, solange ihre
69 Sicherheit nicht gefährdet wird. Diese soll Menschen auch in Phasen der Weiterbildung und
70 Qualifizierung absichern und sie so dazu ermutigen, die Angebote wahrzunehmen und

71 einzufordern. Gerade im Zeitalter der Digitalisierung muss lebenslanges Lernen für alle
72 Arbeitnehmer*innen zu einer problemlos verfügbaren Selbstverständlichkeit des beruflichen
73 Lebenswegs werden.

74 Ein soziales Europa ist somit ein Element der Zukunftsfähigkeit unseres Kontinents.
75 Mehr noch: Es hat auch das Potenzial, zu einem weltweiten Vorbild für die Vereinbarkeit und
76 gegenseitige Abhängigkeit von internationaler politischer sowie ökonomischer Stärke und
77 einem hochentwickelten Sozialstaat zu werden. In Europa wird es sich entscheiden, ob ein
78 hohes Sozialniveau weiterhin und zunehmend als Ballast im globalen Wettbewerb
79 interpretiert wird oder ob sich weltweit die Erkenntnis durchsetzt, dass die sozialen
80 Errungenschaften seit der industriellen Revolution nicht bloß ein Zwischenspiel in der
81 Menschheitsgeschichte sind, sondern ein bedeutender und nachhaltiger Schritt in ihrer
82 Entwicklung.

84 Für einen Europäischen Sozialpakt

85 Ein europäischer Sozialpakt ist ein zentraler Baustein, um die soziale Dimension Europas zu
86 stärken: Europa soll die Mitgliedstaaten zu einem festen Mindestmaß an sozialen Standards
87 – jeweils in Relation zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes – verbindlich
88 verpflichten dürfen. Ausgaben für Bildung, Armutsbekämpfung und allgemein soziale
89 Belange werden prozentual zur Wirtschaftskraft festgelegt, was dazu führt, dass diese bei
90 wirtschaftlichem Fortschritt mitwachsen.

91 Ein europäischer Rahmen für armutsfeste Mindestlöhne in jedem Mitgliedstaat trägt dazu
92 bei, Lohndumping und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse einzudämmen. Eine europäische
93 Arbeitslosenrückversicherung als automatischer Stabilisator kann dazu beitragen,
94 langfristig schädliche wirtschaftliche Ungleichgewichte zu mindern, Lasten gerechter zu
95 verteilen, Sozialsysteme krisenfester zu machen und Europa volkswirtschaftlich zu
96 stabilisieren. Dank der europäischen Sozialdemokratie sind wir in der vergangenen
97 Legislaturperiode mit der Revision der Entsenderichtlinie, nach dem Prinzip „gleicher Lohn
98 und gleiche Arbeitsbedingungen für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort“, einen großen
99 Schritt nähergekommen.

101 2. Für ein Europa der guten Arbeit

103 Die Arbeitswelt ist im Wandel: Digitalisierung, Globalisierung und veränderte Anforderungen
104 an Flexibilität und Qualifikation sind nur einige der Herausforderungen, vor denen immer
105 mehr Menschen stehen. Gerade wir, als die Volkspartei im industriegeprägten

106 Braunschweiger Land, sind entschlossen, diesen Wandel im Sinne der Arbeitnehmer*innen
107 zu gestalten. Arbeitszeit darf uns in Zeiten digitaler Vernetzung und
108 ständiger Erreichbarkeit nicht entgleisen, sondern bedarf der klaren Abgrenzung vom
109 Privatleben. Nur mit einer klaren Regulierung hierzu gibt es eine bessere Vereinbarkeit von
110 Privatleben und Beruf. Wir setzen uns für eine EU-weite sozial- und arbeitsrechtliche
111 Regulierung der sogenannten Plattformökonomie ein. Unternehmen wie Amazon, Uber oder
112 Deliveroo müssen ihrer Arbeitgeber*innenrolle endlich gerecht werden!

113

114 **Jugendlichen europaweit Chancen ermöglichen**

115 Wie gefährlich der soziale Sprengstoff ist, der aus Massenarbeitslosigkeit und
116 Perspektivlosigkeit entstehen kann, wissen wir in Deutschland nur allzu gut. Vor allem in
117 Südeuropa und besonders mit Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit, sind wir nicht länger
118 bereit, die aktuellen Verhältnisse weiter hinzunehmen. Wenn für Banken in kurzer Zeit
119 milliarden schwere Hilfsprogramme aufgelegt werden konnten, so muss das auch für die
120 Jugend Europas möglich sein. Wir fordern daher ein Sofortprogramm, das jedem
121 Jugendlichen unter 25 einen Ausbildungsplatz garantiert und damit eine berufliche
122 Perspektive eröffnet. Die bisher zur Verfügung gestellten Mittel reichen bei weitem nicht aus.
123 Wir wollen deshalb die Mittel für die Jugendgarantie auf 60 Milliarden Euro aufstocken.

124 Gut ausgebildete Fachkräfte sind die Basis für die Zukunftsfähigkeit Europas. Wir wollen die
125 duale Ausbildung auch in Europa stärken. Dafür ist eine Verständigung über
126 Mindeststandards für eine moderne Berufsausbildung notwendig. Diese beinhalten die
127 Ausbildungsdauer für das Erlernen eines Berufes, Lernortkooperation zwischen Betrieb und
128 Berufsschule und einen abgesicherten rechtlichen Status der Auszubildenden. Die
129 Verknüpfung einer mehrjährigen schulischen und betrieblichen Ausbildung ist unabdingbar!
130 Die Unternehmen müssen ihrer Verantwortung gegenüber den Auszubildenden
131 nachkommen und die Arbeitsbedingungen müssen in einem Arbeitsvertrag festgehalten
132 werden. Für die Akzeptanz und Attraktivität moderner Berufsbildungssysteme ist die
133 Einbeziehung von Sozialpartner*innen, Einrichtungen der beruflichen Bildung und
134 Wissenschaft in einen Berufsbildungsdialog unerlässlich.

135

136 **Betriebliche Mitbestimmung und Sozialpartnerschaften stärken**

137 Die Mitbestimmung im Betrieb und im Aufsichtsrat gilt heute – nicht zuletzt durch den Einsatz
138 von Sozialdemokrat*innen – als Erfolgsmodell. Arbeitnehmer*innen müssen in die Lage
139 versetzt werden, ihre Interessen im europäischen Kontext stärker als bisher vertreten zu
140 können. Unternehmen nutzen europäisches Gesellschaftsrecht mehr und mehr als Hebel,

141 um die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmer*innen einzufrieren oder ganz zu umgehen.
142 Diesem Trend werden wir uns entschieden entgegenstellen!

143 Um die Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit in Europa vollständig zu verwirklichen, müssen
144 Arbeitnehmer*innen ihre Interessen auch in den Betrieben europaweit vertreten können.
145 Daher ist die Verbesserung der Arbeit von Europäischen Betriebsräten (EBR) ein
146 unverzichtbarer Baustein zur Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte.
147 Auch Auszubildende in multinationalen Konzernen müssen in ihrem Recht auf konzernweiten
148 Austausch und Interessenvertretung gestärkt werden. Wir fordern deshalb die Gründung von
149 europaweiten Jugend- und Auszubildendenvertretungen. Wir wollen die Rechte der vielen
150 engagierten Betriebsräte in Europa durch eine Revision der Europäischen
151 Betriebsräterichtlinie maßgeblich verbessern.

152 Schließlich muss der soziale Dialog auf der europäischen Ebene gestärkt werden.
153 Arbeitgeber*innenverbände und Gewerkschaften müssen als Sozialpartner*innen direkter
154 und umfassender als bisher in die Entwicklung und Umsetzung der europäischen Politik
155 einbezogen und in ihrer Arbeit unterstützt werden. Die Kommission muss ihren
156 Widerstand gegen die von Arbeitgeber*innen und Gewerkschaften verhandelten
157 Sozialpartner*innenabkommen, wie beispielsweise im Friseur*innenhandwerk, aufgeben.

158

159 **3. Eine gemeinwohlorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik**

160

161 Wer morgen ernten will, muss heute säen. Investitionen in Bildung, Infrastruktur oder
162 Forschung und Entwicklung sind der Boden, auf dem der wirtschaftliche Erfolg Europas
163 wächst. Wir sind davon überzeugt, dass eine stärkere Koordinierung der Wirtschafts-,
164 Arbeitsmarkt-, Sozial- und Fiskalpolitiken durch eine europäische Wirtschaftsregierung unter
165 Führung eines*r europäischen Wirtschafts- und Finanzministers*in sinnvoll und notwendig
166 ist, um Europa langfristig auf Kurs zu bringen und zu halten.

167 Wir halten zudem automatische Stabilisierungsmechanismen für sinnvoll, um
168 Handelsungleichgewichte effektiv einzudämmen. Ähnlich wie bei den Maastricht-Kriterien
169 sollte die Kommission hier mit Eingriffsrechten ausgestattet werden, deren Nutzung nicht von
170 einem einstimmigen Votum der Mitgliedstaaten abhängen darf. Ein eigenes Budget für die
171 Euro-Zone zum Abbau von Ungleichgewichten und zum Abfedern von konjunkturellen
172 Schwankungen, gemeinsame Instrumente der staatlichen Investitionsfinanzierung, eine
173 europäische Arbeitslosenversicherung sowie gemeinsame Standards in der
174 Finanzmarktregulierung und Steuerpolitik tragen ebenfalls dazu bei, den europäischen
175 Wirtschaftsraum zu stabilisieren, ihn krisenfester und zukunftsfähig zu machen. Den

176 Europäischen Stabilitätsmechanismus wollen wir zudem zu einem Europäischen
177 Währungsfonds ausbauen.

178 **Für eine nachhaltige Finanzpolitik**

179 Unser Ziel sind nachhaltige und stabile Finanzmärkte, die der gesamtwirtschaftlichen und
180 gesellschaftlichen Entwicklung dienen. Wir stehen für eine europäische Kapitalmarktunion,
181 die eine effektive Finanzierung der Realwirtschaft unterstützt und gleichzeitig regionale und
182 lokale Besonderheiten berücksichtigt. Wir führen eine Finanztransaktionssteuer zur
183 gerechten Beteiligung der Finanzwirtschaft an gesellschaftlichen Aufgaben ein und fordern
184 ein Verbot von Finanzprodukten ohne gesellschaftlichen Mehrwert, zum Beispiel des
185 Hochfrequenzhandels.

186 Wir setzen uns auf europäischer und internationaler Ebene für höhere
187 Eigenkapitalanforderungen ein und werden Maßnahmen ergreifen, damit Finanzinstitute sich
188 aufgrund ihrer Größe und Vernetzung nicht dem Primat der Politik entziehen oder sich durch
189 eine *too big to fail*-Maxime ihrer Rettung durch Steuergeld sicher sein können. Abhilfe
190 schaffen kann hier z. B. eine effektive Fusionskontrolle. Gleichzeitig streben wir eine
191 deutliche Vereinfachung der Finanzmarktregulierung und eine Stärkung des
192 Verbraucher*innenschutzes in diesem Wirtschaftszweig an.

193

194 **Steuergerechtigkeit: eine Frage des politischen Willens**

195 Steuereinnahmen sind für den Staat überlebenswichtig. Ohne Steuereinnahmen kann eine
196 öffentliche Daseinsfürsorge, kann eine funktionierende Infrastruktur, können Schulen,
197 Kindergärten oder Krankenhäuser nicht finanziert, erhalten bzw. modernisiert werden.
198 Bei Bürger*innen wie Unternehmen ist die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und
199 Steuern zu zahlen, bisweilen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Insbesondere Menschen mit
200 größeren Vermögen und international tätige Konzerne mit Erträgen im Millionen- bzw.
201 Milliardenbereich, sind teilweise beständig auf der Suche nach Möglichkeiten, legal oder
202 auch illegal Steuern zu vermeiden oder zu hinterziehen.

203

204 Daher lauten unsere konkreten Vorschläge:

- 205 • Einführung einer gemeinsamen, konsolidierten Körperschaftssteuer
- 206 Bemessungsgrundlage für alle körperschaftssteuerpflichtigen Unternehmen in der
- 207 Europäischen Union mit einem Mindeststeuersatz von 25 Prozent

- Umsetzung der Digitalbesteuerung, d. h. eine Besteuerung von international tätigen digitalen Konzernen wie beispielsweise Facebook und Google, mit dem Ziel, dass diese dort ihre Gewinne versteuern, wo sie erwirtschaftet werden
- Einführung einer umfangreichen Finanztransaktionssteuer
- Verbesserung der Zusammenarbeit von nationalen Steuer-, Zoll-, Strafverfolgungs- und Betrugsbekämpfungsbehörden untereinander und mit den international tätigen Behörden OLAF (Betrugsbekämpfung der Europäischen Kommission), Europol und Interpol

4. Für eine innovative und klimafreundliche Industriepolitik

Ein Wirtschaftszweig, der Europa historisch geprägt hat und auch in Zukunft eine zentrale Rolle spielt, ist die Industrie. Sie ebenso wie die entsprechenden Industrieregionen in ihren Transformationsprozessen zu unterstützen und sie auf ihrem Weg grüner, digitaler und innovativer werden zu lassen, ist uns ein besonderes Anliegen. Wir werden dabei vor allem auf die enge Verzahnung von Wissenschaft und Forschung mit industrieller Praxis setzen. Die europäische Förderung für Forschung und Transfer werden wir entsprechend ausbauen. Begünstigt hierbei ist insbesondere die Region Braunschweig-Salzgitter-Wolfenbüttel. Als industrielles Ballungszentrum und Hort der Wissenschaft kann sie innovative Erkenntnisse – gewonnen durch eine Stärkung ihrer Forschungseinrichtungen – direkt in ihre effektive Gestaltung als Industriestandort einfließen lassen. Unsere Europapolitik ermöglicht unserer Region einen doppelten Zugewinn!

Ebenso wollen wir aber gemeinsame europäische Antworten auf das Mega-Thema Digitalisierung finden. Dafür benötigen wir einen gemeinsamen Ansatz zu digitalen Grundrechten und einen entsprechenden rechtlichen Rahmen, der den Ausbau schneller Kommunikationsnetze fördert und gleichzeitig Prinzipien wie Netzneutralität, Medienvielfalt sowie die lückenlose Wahrung kommunikativer Grundrechte absichert. Die Durchsetzung öffentlicher Sicherheit und Ordnung muss auch im Digitalen eine hoheitliche und damit staatliche Aufgabe bleiben, die parlamentarisch kontrolliert wird. Politisches Ziel muss es sein, dass weitere Monopolbildungen im Digitalen, durch eine gezielte Vielfalts- und Wettbewerbsförderung, verhindert werden.

Innovationen im Klima- und Umweltschutz sind für die europäische Industrie von besonderer Bedeutung. Gerade die energieintensiven Branchen können einen großen Beitrag dazu leisten, unser Ziel, bis 2050 zur *Low-Carbon-Economy* zu werden, zu erreichen. Die Erträge

aus dem europäischen Emissionshandel, die gezieltere Nutzung der Strukturfonds sowie eine entsprechende Ausgestaltung der europäischen Forschungsförderung sind die Wege, die Senkung des Energie- und CO₂-Bedarfs bereitzustellen. Wir werden den europäischen Emissionshandel durch eine möglichst EU-weite CO₂-Steuer ergänzen. Der Preis pro Tonne Kohlenstoff sollte dabei 50 Euro im Jahr 2020 und 100 Euro im Jahr 2030 betragen. Allerdings müssen ungewollte Effekte vermieden werden. Das betrifft die Verlagerung von Wirtschaftsbereichen in andere Regionen, welche eine laxere Umweltgesetzgebung haben, ebenso wie eine Vergrößerung der Armutsprobleme durch steigende Heizkosten.

Über die Steuer hinaus werden wir die Bedeutung von Ökodesign ausbauen und unter anderem stärken durch eine Besteuerung besonders klimaschädlicher Produkte, die Verschärfung von Gesetzen gegen Plastikabfall, eine härtere Verfolgung der Konstruktion von Produkten mit geplant begrenzter Nutzungsdauer sowie die strengere Regulierung von Emissionen im Bereich Schifffahrt und Flugverkehr. Braunschweig als Forschungs- und Industriestandort trifft hier in der Kreation, Planung und Umsetzung ökologischerer Verfahrensweisen eine besondere Verantwortung und kann daher profitieren von der europäischen Förderung dieser Bereiche.

Bezüglich des Strukturwandels, wie des Wegfalls der Kohleindustrie, werden wir einen Pakt zur Entwicklung der Industrie in wirtschaftlich schwachen Gebieten, insbesondere in Ost- und Südosteuropa, initiieren. Über die Industrie hinaus müssen wir aber auch Entwicklungen in flankierenden Wirtschaftsräumen schaffen. Es muss sichergestellt werden, dass entsprechende Mittel für die Regionen im Wandel zur Verfügung stehen. Das gilt insbesondere auch für Investitionen in die Infrastruktur, also zum Beispiel Verkehr und Bildung.

Wissen schafft Zukunft

Starke, öffentlich finanzierte und für alle gesellschaftlichen Schichten offene Hochschulen, wie die Technischen Universitäten Braunschweig und Clausthal oder die Ostfalia, sind die Voraussetzung für die Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit unserer Region und Europas. Hier werden wir investieren und den Tendenzen zur Ökonomisierung von Bildung und somit von Lebenschancen mit aller Macht entgegenreten.

Dort, wo die Europäische Union im Bereich der frühkindlichen Bildung, in der Schule, der beruflichen Ausbildung und der Weiterbildung die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Kompetenzen unterstützen kann, werden wir dies vorantreiben. Dort, wo Herausforderungen besser gemeinsam auf europäischer Ebene bewältigt werden können – zum Beispiel im Zuge der Digitalisierung – streben wir gemeinsame Mindeststandards an. Europäische

Benchmarks, insbesondere zur Zahl von Schul-, Studien- und Ausbildungsabbrecher*innen, in den Bereichen frühkindliche Bildung, lebenslanges Lernen, Übergang in den Arbeitsmarkt sowie grenzüberschreitende Mobilität können hier zu einem positiv gestalteten föderalen Wettbewerb beitragen. Die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen muss zudem weiter ausgebaut werden.

Wir wollen Austauschprogramme wie Erasmus-Programme stärken, ausbauen und auch denjenigen einen Austausch ermöglichen, denen die Mittel hierzu nicht in die Wiege gelegt sind. Dies bedeutet – neben einer Aufstockung der Finanzierung der bestehenden Programme – unter anderem stärkere Anstrengungen, um auch Schüler*innen oder Auszubildenden attraktive, finanziell abgesicherte Möglichkeiten für eigene Auslandserfahrung zu geben. Profitieren können hier z.B. die Auszubildenden der zahlreichen mittelständischen Unternehmen in der Region Braunschweig und letztendlich die Unternehmen selbst durch Erfahrungs- und Kenntnissteigerung in ihren Abteilungen.

Nationalstaatliche Investitionen in Wissenschaft und Forschung sollen nicht unter die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts fallen. Die europäische Forschungsförderung wollen wir deutlich erhöhen. Wir werden die bereits heute nach den Regeln der Strukturförderung vergebenen Mittel für Forschung aufstocken und so die Eigenschaft von Wissenschaft und Forschung als Impulsgeber für ganze Regionen unterstreichen. Durch die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen wollen wir ebenfalls Regionen Zukunftsimpulse geben, die als wissenschaftliche Standorte bislang noch keine herausragende Stellung einnehmen.

5. Für eine zukunftsgerechte Klima- und Energiepolitik

Die Ausrichtung der Klima- und Energiepolitik an den Nachhaltigkeitszielen der UN ist unabdingbar. Wir stehen hinter den Zielen von Paris, die eine Reduzierung der Treibhausgase von 95% bis ins Jahr 2050 nötig machen – das bedeutet auch, dass der Kohleausstieg bis dahin vollzogen worden sein muss. Um das zu erreichen, muss unter anderem das System des Emissionshandels gestärkt werden.

Die Ziele für erneuerbare Energien – wie im Juni 2018 vereinbart – sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir setzen uns aber über indikative Ziele hinaus dafür ein, dass die Zielvorgaben für die Mitgliedstaaten bindend werden. Dafür müssen wir noch viel mehr in den gemeinsamen Strommarkt investieren und grenzüberschreitende Fördermodelle zum Normalzustand werden lassen. Grüner Strom muss ungehindert in die Industrieregionen und Ballungszentren fließen können.

312 Neben der weiteren Förderung erneuerbaren Stromes stehen wir auch für grüne und
313 effiziente Energieerzeugung in Wärme und Mobilität. Gerade die Umstellung der vielen
314 fossilen Heizsysteme muss dabei Priorität haben. Große Erzeugungsanlagen müssen auf
315 europäischer Ebene genauso berücksichtigt werden wie Anlagen vor Ort im Quartier oder
316 beim Verbraucher selbst. Wir setzen uns für ambitionierte Programme zur Sanierung des
317 öffentlichen Gebäudebestands ein. Darüber hinaus werden aber auch viele Bereiche, in
318 denen bisher fossile Brennstoffe genutzt werden, zu Teilen auf erneuerbare Elektrizität
319 umsteigen müssen. Um Schwankungen in der Versorgung auszugleichen, müssen wir auf
320 europäischer Ebene große Programme für Energiespeicher weiter voranbringen.

321 Klima- und Energiepolitik sind oft auch Steuer- und Subventionspolitik. Für die SPD darf es
322 in Zukunft keinerlei öffentliche Subventionen oder industrielle Unterstützungszahlungen für
323 die Nutzung fossiler Brennstoffe geben, egal in welchem Bereich. Die SPD fordert eine
324 gerechte und verursacherorientierte europäische CO₂-Bepreisung.

325

326 **Für eine nachhaltige, europäische Verkehrs- und Mobilitätspolitik**

327 Im Hinblick auf den Klimawandel ist unser oberstes Ziel die Verringerung des CO₂-Austoßes
328 im Verkehrssektor. Die Elektromobilität (Brennstoffzelle oder Batterie) wird dabei eine
329 herausragende Rolle spielen. Im PKW- und LKW-Bereich unterstützen wir auf europäischer
330 Ebene Quoten für nachhaltige Antriebstechnologien, zweckgebundene Fördermittel, aber
331 auch für einen zielgerichteten, zusätzlichen Ausbau entsprechender Energiequellen. Darüber
332 hinaus setzen wir uns für eine weitere Verlagerung von Kapazitäten von der Straße auf die
333 Schiene und auf Wasserwege ein.

334 Da es mit neuen Antriebstechnologien nicht getan ist, stehen wir für den europäisch
335 unterstützten Ausbau des Schienennetzes und insbesondere der transeuropäischen
336 Strecken. Für Regionen, die große Teile des europäischen Durchgangsverkehrs von
337 Personen und Gütern tragen, setzen wir uns für strategische Investitionen in Bypass-
338 Verbindungen ein, um die Hauptachsen zu entlasten.

339 Wir stehen dafür, in Grenzregionen verbliebene Lücken im Schienennahverkehr im selben
340 Rahmen zu schließen, wie das europäische Fernschienennetz vollendet werden muss.
341 Gerade im lokalen Rahmen, in Städten wie im ländlichen Raum, setzen wir auf den Ausbau
342 des ÖPNV-Angebots, gerade auch in der Verkehrskompetenzregion Braunschweig.

343 Wir nutzen Strukturfördermittel auch dafür, Räume, die bisher vom Verkehr besetzt sind,
344 wieder zugänglich für die Menschen zu machen. Wir fördern urbane Mobilitätskonzepte, die
345 sauber, sicher und im Sinne der Einwohner*innen sind. Dazu zählen gerade auch
346 Fahrradwege. Ein Ausbau dieser würde auch die Lebensqualität und Umweltfreundlichkeit in

347 der Region Braunschweig als bisheriges Automobil-Gebiet verbessern und den
348 Einwohner*innen eine vereinfachte autofreie Fortbewegung ermöglichen.

349

350 **Für eine faire Handelspolitik**

351 Wir unterstützen Abkommen, die den Abbau von Zöllen, Mengenbeschränkungen und rein
352 technischen Handelshemmnissen anstreben. Sie dürfen aber nicht unter der Hand staatliche
353 Regulierung zur Sicherung von Gesundheit, Sicherheit, Umwelt, des
354 Verbraucher*innenschutzes und guter Arbeit aushöhlen.

355 Europäische Firmen, die außerhalb der EU produzieren, sollen beim Import dieser Produkte
356 verpflichtende Nachweise erbringen, dass sie mindestens die ILO (Internationale
357 Arbeitsorganisation) Standards einhalten. Die privatrechtlichen Schiedsgerichte gehören
358 abgeschafft. Wir treten ein für ein modernes multilaterales Schiedsgerichtssystem nach
359 rechtsstaatlichen Grundsätzen, das transparente Verfahren für die Streitbeilegung im
360 internationalen Raum schafft.

361 Zukünftige Investitionsschutzabkommen und auch sonstige Abkommen dürfen keine
362 Vorschriften beinhalten, die die Erbringung von wirtschaftlichen und nicht-wirtschaftlichen
363 Dienstleistungen von allgemeinem Interesse durch die öffentliche Hand begrenzen oder
364 beeinträchtigen können. Wir erwarten, dass die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards
365 in Konfliktfällen genauso wirkungsvoll sichergestellt wird wie die Einhaltung anderer Regeln
366 dieser Abkommen. Wir setzen uns dafür ein, dass in allen EU-Handels-, -Investitions- und -
367 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen verbindliche soziale (u. a. ILO-Kernarbeitsnormen),
368 menschenrechtliche und ökologische Standards sowie konkrete Beschwerde-,
369 Überprüfungs- und Reaktionsmechanismen vereinbart werden. Dies gilt auch für das
370 Allgemeine Präferenzsystem (APS und APS+) der EU. Handelsverträge, die Marktzugang im
371 Austausch für Entwicklungshilfe fordern, wird es mit uns nicht mehr geben. Wir setzen
372 stattdessen auf den Marktaufbau in den sich entwickelnden und insbesondere den Ländern
373 Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP-Länder). Ungleiche Handelsbeziehungen, bei
374 denen europäische Produkte insbesondere im Agrarbereich einen unfairen Marktvorteil in
375 den Entwicklungsländern erlangen, werden wir verhindern. Das bedeutet einen Abbau
376 jeglicher Subventionen für Exporte in diese Länder.

377 Rein strukturell muss gelten, dass bei jeglichen Verhandlungen und Abschlüssen – und
378 besonders in der Umsetzung – die parlamentarischen Rechte zu achten sind. Um darüber
379 hinaus rechtliche Unklarheiten zu vermeiden, muss der Rahmen für Freihandelsabkommen
380 so gesetzt werden, dass sie nur Regelungen enthalten, die über den WHO-Rahmen
381 hinausgehen.

6. Für ein Europa des Friedens, der Demokratie, der Kommunen und der Bürger*innen- und Menschenrechte

Wir wollen, dass Europa in einer weltpolitisch schwierigen Zeit eine aktivere Rolle einnimmt. Dabei streben wir einen grundlegenden Perspektivwechsel von einem sicherheitspolitisch geprägten Denken hin zu einem friedenspolitischen Ansatz an: Wir machen eine präventive, umfassende Friedens- und Entwicklungspolitik zum strategischen Schwerpunkt der europäischen Politik. Pfeiler dieser Politik sind die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030, unter anderem die Förderung friedlicher, inklusiver und stabiler Gesellschaften. Konkreten Ausdruck sollte dies etwa auch darin finden, dass die Europäische Union ihre Fähigkeiten der zivilen Konfliktlösung stärkt und dies finanziell und organisatorisch absichert. Die Europäische Verteidigungsunion muss einer demokratischen und rechtsstaatlichen Kontrolle unterliegen. Eine zukünftige europäische Armee muss eine Parlamentsarmee sein. Militärische Einsätze darf es nur mit UN-Mandat geben.

Eine Steigerung der Verteidigungsausgaben lehnen wir ab. Es darf keine Umverteilung im Finanzrahmen zugunsten von Rüstungs- und Militärausgaben geben. Vielmehr muss es darum gehen, ein Gesamtkonzept mit dem Vorrang des Politischen und Zivilen zu erarbeiten und umzusetzen. Als wichtiger Schritt hierzu muss möglichst schnell eine der PESCO („Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ im militärischen Bereich) vergleichbare Struktur im zivilen Bereich verwirklicht werden. Außerdem muss auf dem Gebiet der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik anstelle des derzeitigen Einstimmigkeitsprinzips verstärkt mit Mehrheit entschieden werden. Zudem sollen gemeinsame Schritte zu einer nuklearen Abrüstung unternommen werden.

Wir streben zudem ein hohes gemeinsames Niveau von Rüstungsexportbeschränkungen in der Europäischen Union an. Alle Exporte von Rüstungsgütern einschließlich der Genehmigung von Produktionslizenzen, des Betriebs von Rüstungsfabriken oder der Beteiligung an Joint Ventures dürfen – über die bisherigen Beschränkungen hinaus – nur noch in Mitgliedstaaten der Europäischen Union und in solche Staaten gestattet sein, bei denen der Verbleib der Rüstungsgüter sichergestellt ist, in denen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie gewahrt werden, die keine systematischen Menschenrechtsverletzungen oder Kriegsverbrechen begehen und die nicht an völkerrechtswidrigen kriegerischen Konflikten beteiligt sind.

Wir streben für ganz Europa eine inklusive Sicherheitsarchitektur an und treten deshalb für eine europäische Friedenskonferenz unter Beteiligung der USA, Kanadas und Russlands ein.

417 **Pressefreiheit verteidigen und freie Meinungsbildung ermöglichen**

418 Wir setzen uns für eine vielfältige Medienlandschaft und für die Freiheit der Presse in Europa
419 und darüber hinaus ein. Pressefreiheit ist zentraler Bestandteil der Demokratie. Hierzu
420 gehört für uns die unabhängige und kritische Berichterstattung von Journalist*innen. Neben
421 privaten Medienangeboten ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk wichtiger Teil der
422 Medienvielfalt. Dieser muss die Möglichkeit haben, sich weiterzuentwickeln und dem sich
423 verändernden Nutzungsverhalten anzupassen. Der Nutzer*innen- und
424 Verbraucher*innenschutz muss auch unter den Bedingungen der Digitalisierung weiter
425 gestärkt werden. Die Regulierung von Medienplattformen und Informationsvermittlern zählt
426 hierzu. Bei der Entwicklung und beim Einsatz von Algorithmen werden wir uns für
427 internationale Ethik-Standards einsetzen.

428

429 **Entwicklungspolitik: weniger Abhängigkeit, mehr Eigenständigkeit!**

430 Wir stehen für einen umfassenden Ansatz einer nachhaltigen europäischen
431 Entwicklungspolitik, der sich von der Katastrophen- und humanitären Hilfe über den
432 Wiederaufbau bis auf die langfristigen, strukturellen Ziele der Entwicklungszusammenarbeit
433 erstreckt. Eine solche Politik berücksichtigt den Schutz der universellen Menschenrechte,
434 soziale und ökologische Standards und die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation
435 (ILO), achtet auf gute Regierungsführung und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Sie
436 berücksichtigt traditionelle Landrechte und fördert eine regionale Versorgung mit Agrargütern
437 auf der Basis von Kleinbauern*bäuerinnen und Kooperativen. Sie fördert Frauen, schützt die
438 Kinderrechte sowie sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRHR). Sie fördert
439 nationale Systeme der Daseinsvorsorge einschließlich des Bildungswesens sowie den
440 Handel.

441 Wir werden verhindern, dass europäische Handelspolitik europäische Entwicklungspolitik
442 konterkariert. Der Abhängigkeit von Entwicklungsgeldern werden wir entgegentreten.
443 Vielmehr muss es das Ziel sein, die Staaten zu einer eigenständigen Entwicklung zu
444 befähigen. Durch eine Verlagerung der Wertschöpfungskette in die Ursprungsländer von
445 Rohstoffen werden regionale Wirtschaftsräume gestärkt und Arbeitsplätze geschaffen.
446 Keinesfalls dürfen Entwicklungsgelder für sicherheitspolitische Zwecke umgewidmet werden.

447 Wir wenden uns gegen jede indirekte Unterstützung autoritärer Regime (beispielsweise in
448 Afrika). Das gilt auch für die geplanten sogenannten „Ausschiffszentren“ in Nordafrika. Der
449 alleinige Maßstab muss auch hier die Einhaltung der Menschenrechte sein. Wir treten für ein
450 gesondertes Seenotrettungsprogramm der EU ein.

451

452 **Bürger*innen- und Menschenrechte als klarer Kompass**

453 Die Europäische Charta der Grundrechte ist unser Kompass bei allen Überlegungen zu
454 Bürger- und Menschenrechten. Neben einer koordinierten europäischen
455 Menschenrechtspolitik werden wir ein gemeinsames europäisches Asylsystem vorantreiben,
456 ein Europäisches Einwanderungsrecht beschließen und dafür sorgen, dass Europa
457 Kommunen bei den Kosten von Migration und Integration unterstützt. Wir setzen uns dafür
458 ein, dass die für den EU-Beitritt zu erfüllenden Kopenhagen-Kriterien, unter anderem zum
459 Schutz ethnischer Minderheiten, in Zukunft in vollem Umfang für Mitgliedsländer gelten und
460 durchgesetzt werden. Verstöße seitens der Mitgliedstaaten gegen Prinzipien der Demokratie,
461 der Gewaltenteilung und der Rechtsstaatlichkeit müssen härter geahndet werden. Wir
462 fordern einen Sanktionsmechanismus, bei dem der Europäische Gerichtshof unmittelbar tätig
463 wird, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Europäischen Rates oder die Mehrheit der
464 Mitglieder des Europäischen Parlaments ihn dazu auffordern.

465

466 **Geschlechtsrollenbilder aufbrechen und Gleichberechtigung voranbringen**

467 Für die SPD ist es unerlässlich, Forderungen nach angemessener Teilhabe von Frauen an
468 Macht und Ressourcen in allen Lebensbereichen konsequent umzusetzen. Allerdings
469 geraten die Rechte von Frauen, im Zuge einer immer stärker rechten und nationalistischen
470 Ausrichtung in mehreren Ländern der EU, vermehrt unter Druck.

471 Beispielsweise besteht Lohnungleichheit weiterhin oft aufgrund stereotyper
472 Rollenverteilungen in der Familie, durch unbezahlte Care-Arbeit und durch unzureichende
473 Transparenz von Unternehmen. Die Lohnlücke trägt zur Festigung von hierarchischer
474 Verantwortungsteilung in Partnerschaften bei und führt zu längeren Erwerbsunterbrechungen
475 bei Frauen.

476 Wir fordern präventive Maßnahmen, die über den Anspruch an neue Gesetzgebung
477 hinausgehen. Rollenbilder müssen aufgebrochen werden und Frauen müssen die Chance
478 erhalten, die Forderung nach Lohngleichheit vor dem Arbeitgeber wirksam durchsetzen zu
479 können. Zudem muss die Care-Arbeit mehr anerkannt und als solche auch aufgewertet
480 werden, sodass einer Frau dadurch keine Nachteile entstehen.

481 Ein weiteres Problem ist, dass Frauen in allen Parlamenten noch immer deutlich
482 unterrepräsentiert sind. Dies ist ein Defizit für unsere Demokratie. Frauen müssen in
483 Entscheidungsprozesse einbezogen werden und der Anteil von Frauen in
484 Führungspositionen in der Politik und der Wirtschaft muss deutlich erhöht werden. Hierzu
485 gehört auch die Durchsetzung der Geschlechterquote von 40% der Aufsichtsratsmitglieder
486 bzw. der nicht geschäftsführenden Direktorinnen in börsenorientierten Unternehmen. Seit

487 2013 liegt hierzu eine entsprechende Richtlinie dem Europäischen Rat vor. Es ist höchste
488 Zeit, endlich eine Zustimmung im Rat zu erwirken.

489 Außerdem ist jede vierte Frau in Europa schon einmal Opfer geschlechtsbezogener Gewalt
490 geworden. Dazu gehören Vergewaltigung, Menschenhandel und häuslicher Missbrauch.
491 Darüber hinaus stellt der grenzüberschreitende Zwangsprostitutionshandel mit Erstellung
492 pornografischen Materials und Ausnutzung und Erpressung der Opfer ein EU-weites
493 Problem dar. Die EU braucht dagegen wirksame Strategien, die zur Prävention von Gewalt
494 ebenso wie zur Bewältigung von Gewalterfahrungen beitragen. In diesem Kontext müssen
495 gerade Anlaufstellen, die ein niedrigschwelliges Angebot leisten, mit Nachdruck unterstützt
496 werden.

497

498 **Ein Europa für alle: Wir stehen zur offenen Gesellschaft!**

499 Die SPD ist Europa- und internationalistische Partei und orientiert sich an ihren Werten
500 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das gilt für gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort
501 ebenso wie für unser globales Handeln. Ob Außen, Handels- oder Agrarpolitik: Unser
502 Handeln muss uns nutzen, darf aber nicht Ursache werden für Unsicherheit und
503 Perspektivlosigkeit in anderen Regionen, oft mit der Folge steigender Migrationszahlen.
504 Migration ist kein neues Thema. Schon immer haben sich Menschen aus unterschiedlichsten
505 Gründen auf den Weg gemacht, um Arbeit und neue Lebensperspektiven zu finden.
506 Deutschland hat wie andere europäische Staaten auch in der Vergangenheit Menschen aus
507 vielen Ländern aufgenommen und sie trotz mancher Fehler meist integriert.

508 Wir stehen nach wie vor zu vielfältigen und offenen Gesellschaften. Zuwanderung war und
509 ist neben allen Anstrengungen für Migrant*innen und Aufnahmegesellschaft immer auch
510 kultureller und wirtschaftlicher Gewinn. Doch Migration braucht gerade in Zeiten steigender
511 Mobilität jenseits unserer globalen Verantwortung auch klare Regeln.

512

513 **Arbeitsmigration**

514 Die EU und Deutschland sind aufgrund des Fachkräftemangels immer wieder auf Migration
515 angewiesen. Das betrifft insbesondere unsere Region mit seiner Fülle an Unternehmen und
516 dem Bedarf an Fachkräften, aber auch Kräften mit geringerer Qualifikation. Wir brauchen in
517 Europa ein klares Einwanderungsrecht, einschließlich des Zugangs zu Informationen über
518 aktuelle Bedarfe in Herkunftsländern. Ob in IT-, Bau- oder Pflegeberufen – zusätzlich
519 benötigte Arbeitskräfte können gezielt aus Ländern außerhalb der EU kommen. Die
520 Anerkennung von Berufsabschlüssen sowie ggf. ergänzende Qualifikationen sind wichtige
521 Elemente der Arbeitsmigration. Umgekehrt müssen Herkunftsländer ihre Bürger*innen, die

522 bei uns keine lebensunterhaltssichernde Beschäftigung finden, zügig wieder zurücknehmen.
523 Das von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte „Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz“
524 war bereits ein großer Schritt für die geordnete und gezielte Zuwanderung von Arbeitskräften
525 aus dem Ausland nach Deutschland und kann als Vorbild für eine gemeinsame europäische
526 Einwanderungspolitik gelten.

527

528 **Asylrecht als gemeinsame europäische Aufgabe**

529 Neben einer gerechten Handels-, Außen- und Entwicklungspolitik brauchen wir eine
530 Sicherheitspolitik, die wieder stärker an Verständigung, Diplomatie,
531 Konfliktvermeidung bzw. -beseitigung sowie Stärkung von Demokratie. Militärische
532 Interventionen haben bisher nirgendwo Frieden und Demokratie gesichert.

533 Unabhängig hiervon stehen wir zu unseren humanen und internationalen Verpflichtungen.
534 Wir wollen Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten, unterstützen. Das kann
535 beispielsweise engere finanzielle Zusammenarbeit mit dem UNHCR zur Unterstützung von
536 Menschen in Drittstaaten sein.

537 Es bedeutet aber auch die Aufnahme und Integration von Menschen bei uns. Die EU und
538 ihre Mitgliedstaaten müssen ihre Kapazitäten zur Bearbeitung von Asylanträgen stärken.
539 Asylrecht, also Schutz von Menschen, ist eine gemeinsame europäische Aufgabe. Dies kann
540 nicht allein auf Staaten mit einer Außengrenze verlagert werden. Deshalb sind bei der
541 Reform der sog. Dublin-Verordnung Regeln zur Verteilung ankommender Menschen
542 (*relocation*) unverzichtbar. Um das Sterben auf der Flucht zu beenden, brauchen wir
543 ergänzend stärkere legale Einreisemöglichkeiten wie humanitäre Visa oder *Resettlement*-
544 Aktionen (direkte Aufnahme z.B. aus Lagern des UNHCR). Für die Integration sind
545 Sprachkenntnisse unverzichtbar. Dazu braucht es Zugang zu Bildung und Ausbildung. Wer
546 eine Ausbildung begonnen hat, muss diese unabhängig vom Aufenthaltsstatus beenden
547 können, einschließlich zwei Jahren Berufspraxis.

548

549 Dieser Leitantrag ist angelehnt an einen Beschluss der NRW-SPD auf ihrem Landesparteirat
550 vom 22. September 2018

551

552

553

554

555

556

557

558 **A3**

559 **Antragssteller*innen:**

560 **Jusos Bezirk**

561

562 **Die SPD wieder zur Europapartei machen –**

563 **Für eine mutige Europapolitik!**

564

565 Im nächsten Frühjahr wählt Europa ein neues Parlament. Selten zuvor war die Gefahr so
566 groß, dass insbesondere die Kräfte gestärkt aus dieser Wahl hervorgehen, welche die
567 Europäische Union ablehnen. Auf diesen Rechtsruck kann es für uns nur eine Antwort
568 geben: Wir kämpfen für mehr Europa! Für eine progressive und linke Vision für die
569 Europäische Union.

570

571 Viele Menschen sehnen sich nach einer europäischen Bewegung. Dies zeigen zum einen
572 der hohe Zudrang zu Bewegungen, wie Pulse of Europe oder die Proteste von jungen
573 Menschen in Großbritannien gegen den Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der EU.
574 Uns ist aber auch bewusst, dass nicht alle die, die für Europa streiten, dieselbe Vision von
575 Europa haben wie wir. Daher ist klar: die europäische Bewegung muss eine linke,
576 progressive Vision haben. Die Europäische Idee kann nur überleben, wenn sie weder
577 gesellschaftlich noch wirtschaftlich ausgrenzt. Zu lange war die Europäische Union Spielball
578 neoliberaler Interessen. Damit muss Schluss sein! Als Antriebskraft einer linken
579 europäischen Bewegung sehen wir die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie war immer
580 eine europäische Bewegung, die sich gegen nationalstaatliche Egoismen ausgesprochen
581 hat. Jedoch muss man zugeben, dass die SPD das Thema Europa zu häufig nicht wie ein
582 zentrales Zukunftsthema behandelt hat. Auch hat man sich in der Vergangenheit auf ein
583 Denkmuster des Ausspielens nationalstaatlicher Interessen, insbesondere im Rahmen der
584 Finanz- und Wirtschaftskrise, eingelassen. Wir setzen uns dafür ein, dass die SPD
585 europäische Fragen in das Zentrum ihres politischen Handelns stellen muss. Insbesondere
586 im kommenden Jahr – zur Europawahl – darf die Bedeutsamkeit der europäischen Idee nicht
587 wieder hinter bundespolitisches Alltagsgeschäft zurückfallen.

588

589 Wir fordern, dass sich die SPD im Bezirk Braunschweig für einen progressiven und mutigen
590 Wahlkampf zur Europawahl einsetzt und diesen auch in unserem Bezirk führt. Dabei sollen
591 ausreichend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Da es sich bei diesem Wahlkampf
592 um einen bezirksweiten handelt, soll außerdem ein Forum zur Koordination angeboten
593 werden, um Wahlkämpfende in den Unterbezirken miteinander zu vernetzen und zu
594 unterstützen. Darüber hinaus sehen wir den Europawahlkampf auch als Chance an,

595 insbesondere junge Menschen für die SPD zu begeistern. Viele junge Menschen sehnen
596 sich nach einer pro-europäischen Bewegung. Daher fordern wir, dass die SPD im Bezirk
597 Braunschweig einen aktiven Jugendwahlkampf unterstützt.

598
599 Die SPD im Bezirk Braunschweig setzt sich dafür ein, dass vor allem folgende Punkte im
600 Wahlprogramm und in der Kampagne zur Europawahl nach vorne gestellt werden:

601

602 **1. Die SPD muss sich klar zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ bekennen**

603

604 Pro-Europäisch bedeutet für uns, sich klar zu der Finalität der EU zu bekennen. Wir wollen
605 die Vereinigten Staaten von Europa und das lieber heute als morgen. Wir möchten, dass
606 diese Vision nach außen klar benannt wird. Das Europäische Projekt ist kein Selbstzweck,
607 sondern eine Idee mit einem klaren Ziel. Auch im Wahlkampf ist es uns deshalb ein großes
608 Anliegen, dass dieses Ziel auch benannt wird, um einen klaren Gegenentwurf zu dem anti-
609 europäischen Kurs anderer Parteien aufzuzeigen.

610

611 **2. Soziale Dimension der EU ins Zentrum rücken**

612

613 Wir fordern die soziale Dimension der EU auszubauen. Das bedeutet unter anderem die
614 Einführung eines Europäischen Mindestlohns (auch für Auszubildende) und eines
615 europäischen Sozialversicherungssystems. Viele Menschen verbinden mit der EU
616 ausschließlich Finanz- und Wirtschaftspolitik. Es ist nicht überraschend, dass dies nicht zu
617 mehr Identifikation mit der Europäischen Union führt. Die EU ist nicht dazu da, dass es den
618 Konzernen gut geht. Sie soll die Bürger*innen in den Mittelpunkt stellen. Deshalb darf sie
619 nicht nur den Handel vereinfachen, sondern muss endlich auch gemeinsame
620 Sozialstandards festsetzen. Es geht um grundlegende Rechte für Arbeitnehmer*innen, wie
621 anständige Tariflöhne und Urlaubsregelungen. Und es geht um vernünftige Standards zur
622 Absicherung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und in der Rente, die für alle Europäer*innen
623 gelten.

624

625 **3. Spar-Wahnsinn beenden!**

626

627 In vielen Ländern Europas ist die Wirtschaftskrise nach wie vor nicht überwunden. Das hat
628 dramatische Folgen für die betroffenen Menschen und erzeugt Wut und Frust. Kein
629 europäisches Land darf gezwungen werden, seine Gesellschaft weiter kaputtzusparen.
630 Stattdessen braucht es jetzt mehr Investitionen für einen Aufschwung und neue
631 Entwicklungschancen. Die Europäische Union soll in diese Staaten investieren. Wir sind

davon überzeugt, dass der Sparzwang der Europäischen Union viele Menschen, insbesondere in den südeuropäischen Staaten, dazu bewegt hat, sich von der EU abzuwenden. Jetzt gilt es: Wir müssen den Menschen zeigen, dass wir alle von dieser Zusammenarbeit profitieren können.

4. Mehr Integration und mehr Demokratie für Europa

Die SPD steht in ihrer Tradition klar für mehr Europa. Wir wollen eine stärkere Integration auf allen Ebenen. Das bedeutet, dass wir die Kompetenzen der europäischen Akteur*innen ausbauen wollen sowie das Einstimmigkeitsprinzip im Europäischen Rat abschaffen wollen. Die Erweiterung der Kompetenzen auf Unionsebene muss mit einer Demokratisierung der EU Institutionen einhergehen. Daher fordern wir, dass die Kompetenzen der europäischen Kommission in großen Teilen auf das Parlament verlagert werden. Es muss auf europäischer Ebene sichtbarer werden, wie die Entscheidungen getroffen werden. Das derzeitige komplizierte politische System befördert Ansichten, dass die EU undemokratisch und intransparent wäre. Die Kommission soll daher in eine vom Parlament gewählte Regierung umgewandelt werden, um echte Repräsentation zu gewährleisten. Dies müssen wir zentral herausstellen, um die Debatte um Demokratiedefizite innerhalb der EU endlich aus einem progressiven Blickwinkel heraus zu führen.

5. Europäisch Wahlkämpfen!

Um den europäischen Gedanken auch während der Europawahl zu leben, fordern wir, dass die Wahlkämpfe in Zukunft auch europaweit aufeinander abgestimmt werden. Ein Schritt in diese Richtung ist die Einführung transnationaler Wahllisten. Von der SPD fordern wir mit gutem Vorbild voran zu gehen und den Europawahlkampf zukünftig größtenteils über die europäische Dachorganisation aufeinander abzustimmen und zu koordinieren. Die SPD im Bezirk Braunschweig soll sich dafür einsetzen, dass diese Anstrengungen auf Bundesebene unternommen werden.

669 **A4**

670 **Antragsteller*innen:**

671 **Jusos Bezirk**

672

673 **Europa ist keine Festung – Seenotrettung ist kein Verbrechen!**

674 Jeden Tag sterben Menschen auf dem Meer. In den Nachrichten wird der Fokus auf eine
675 Gruppe Kinder gelenkt, die in einer Höhle eingesperrt sind und auf Rettung warten. Etliche
676 Tage wird davon in den Medien berichtet – ein schlimmes Ereignis. Aber wo bleibt der
677 Medientrommel, der Liveticker und der Austausch über all die Kinder, die täglich im
678 Mittelmeer sterben? Die in Lagern verhungern, die ihre durch Anschläge gestorbenen Eltern
679 in den Händen halten?

680 An diesem Beispiel lässt sich am meisten erkennen, wie die Geflüchteten von unserer
681 Gesellschaft mittlerweile entmenslicht wurden. Sie sind in den Augen vieler Geflüchtete,
682 die nicht nach Deutschland kommen. Doch in Wahrheit sind es Menschen, die dort ertrinken
683 und sterben!

684 Und was macht Europa? Europa guckt ihnen zu! Seenotretter*innen, die ihr eigenes Leben –
685 beispielsweise vor der Küste Libyens – riskieren werden vor Gericht zitiert. Das ist pervers
686 und unmenschlich! Wann sind Held*innen in unserer Gesellschaft zu Verbrecher*innen
687 geworden? Wann ist das Retten von Menschenleben zu einer Straftat geworden? Werden
688 Feuerwehrmänner*frauen, Notärzt*innen und andere demnächst auch für ihre wichtigen und
689 großartigen Leistungen angeklagt?

690 Was ist ein Europa wert, in dem wir unsere eigenen Grundwerte – geprägt von
691 Menschenrechten – nicht einmal selbst einhalten? Jede*r hat ein Recht auf Unversehrtheit,
692 auf Freizügigkeit, auf Leben!

693 • Wir Jusos im SPD-Bezirk Braunschweig solidarisieren uns mit allen Menschen auf
694 der Flucht und fordern von der deutschen und europäischen Politik umgehend
695 sichere Fluchtwege und eine Entkriminalisierung der Seenotrettung sowie die
696 menschenwürdige Aufnahme dieser Personen!

697 • Als Zwischenschritt fordern wir, dass sich die Städte im SPD-Bezirk Braunschweig,
698 wie immer mehr Städte, explizit dazu bekennt, Menschen in Seenot aufzunehmen.
699 Zurzeit dürfen Rettungsschiffe nur an Häfen gelassen werden, wenn vorher bekannt
700 ist, wo genau die geflüchteten Menschen hinziehen sollen. Daher ist es wichtig, dass
701 immer mehr Städte Farbe bekennen.